

the ZURICH GLOBALIST



Europa – Quo vadis?

Das Projekt der Europäischen Integration steckt seit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise an verschiedenen Fronten in ernsthaften Schwierigkeiten. Zwangsläufig stellt sich für nationale und internationale Würdenträger und Experten die Frage «Europa – Quo vadis?» Wohin steuert Europa? Hin zu einem stärker geeinten Europa, das auch politisch auf dem internationalen Parkett als starker globaler Akteur in Augenhöhe mit aktuellen und zukünftigen Supermächten agieren kann? Oder steuert Europa zurück zu einem Kontinent geprägt von starken souveränen Nationalstaaten, die bei der Durchsetzung ihrer Interessen auch vor kriegerischen Mitteln nicht Halt machen?

Gleichzeitig stellt sich zum 20. Jahrestag der Ablehnung eines Schweizer Beitritts zum EWR mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50,3 % und angesichts der Forderungen nach institutioneller Festigung der bilateralen Verträge aus Brüssel einmal mehr die Frage nach dem richtigen Zukunftsmodell für die schweizerisch-europäischen Beziehungen.

Sowohl umfassende, die zukünftige Gestalt der Europäischen Union als Ganzes behandelnde Themen, als auch bereichs- und länderspezifische Fragestellungen wurden von unseren studentischen Autoren berücksichtigt. So finden sich in diesem Heft Artikel über europäische Finanzpolitik, EU-Migrationspolitik, das strategische Verhältnis von Europa zu den USA, über einzelne Regionen wie die Nordischen Länder oder Südosteuropa und schliesslich ein flammendes Statement für einen Beitritt der Schweiz zur EU. Besonders stolz sind wir ausserdem darauf, dass wir mit Marco Romano (CVP) und Cédric Wermuth (SP) zwei aktive Jung-Nationalräte für eine kontradiktorische Stellungnahme zum Verhältnis Schweiz-EU gewinnen konnten. Auch unsere Standardrubriken «Vor Ort», «Wirtschaft» und «Wissenschaft und Kultur» widmen sich wieder lesenswerten studentischen Beiträgen.

Ein besonderer Dank gebührt den Masterstudenten der European Studies der Universität Basel, die uns mit ihrem Spezialwissen bei unserem Hauptthema «Europa» kompetent unterstützt haben.

Livio Liechi
Chefredaktion und Projektleitung

Europa

8

Max Stern

**Wohin mit Europa?
Drei Think-Tank-Szenarien für
die Zukunft des Kontinents**

11

Moritz Mähr

**Der feuchte Traum
der Finanztechnokratie**

14

Matija Nuic

**Die EU in der Internationalen Fi-
nanzmarktarchitektur**

17

Michael Heger

**Europäische Migrationspolitik auf
Abwegen – Das «Non-Refoule-
ment-Prinzip» auf hoher See**

19

Mattia Balsiger

**Die strategische Weltkarte und die
transatlantischen Beziehungen**

21

Anja Grob

**North of the Wall? The Nordic
Countries and European Integration**

23

Kushtrim Adili

Das Zeitalter des Balkans

26

Ariane Lienert

**EU-Beitritt: Der souveräne Weg aus
der bilateralen Sackgasse**

28

Marco Romano / Cédric Wermuth

Bilateraler Weg / EU-Beitritt

Vor Ort	34	Laura Angelstorf Von der Theorie in die Praxis oder auch: der Sprung ins kalte Wasser
	36	Victoria Gronwald Lampedusa – Touristeninsel und Symbol illegalisierter Migration.
	38	Janina Sorger Hoffnung zwischen eisernen Zäunen – Einblicke in den palästinensischen Alltag
	42	Julian Wiedmann Zwischen Konfuzianismus und Gangnamstyle
Wissenschaft und Kultur	45	Nicolas Zahn Krieg der Maschinen
Wirtschaft	49	Nikolai Theilitz Musterknabe Deutschland
	52	Impressum

Der feuchte Traum der Finanztechnokratie

Am 8. Oktober 2012 nahm der 700 Milliarden Euro schwere Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) seine operative Tätigkeit auf. Seither versucht ein CEO Europa zu retten.

Als Winston Churchill am 19. September 1946 in der Aula der Universität Zürich mit den berühmten Worten «Therefore I say to you: let Europe arise!» zur Vereinigung Europas aufrief, lag Europa in Schutt und Asche. Um die tiefen Gräben zwischen den Nationen zu überwinden und das verlorene Vertrauen wieder aufzubauen brauchte es eine Vision: die Europäische Einheit. Was als militärisches Abkommen zur Friedenssicherung mit dem 1948 ausgehandelten Brüsseler Pakt begann, entwickelte sich seit der 1951 in Paris beschlossenen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) schnell zu einer Wirtschaftsgemeinschaft. Mit jedem weiteren Abkommen konvergierten die nationalen Volkswirtschaften weiter, wurden die Gesetze liberaler und die Grenzen durchlässiger. Aber erst mit der Einführung einer Währungsunion würde die Europäische Einheit aus dem Schatten der kaskadierten Bilateralität heraustreten und mit einer gemeinsamen Geldpolitik die Transformation zu einem Bundesstaat nach US-amerikanischem Vorbild vollziehen können. Der erste Anlauf der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) versandete 1962 und der zweite Versuch von 1969 scheiterte am Widerstand verschiedener Mitgliedsstaaten und dem Ende der fixen Wechselkurse mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems. Ebenso erging es dem dritten Vorstoss von 1977, der in der Zweiten Ölkrise von 1979 unterging. Am Ende war es dann der Präsident der Europäischen Kommission und französische Sozialist Jacques Delors, der mit seinem 1989 veröffentlichten Bericht in den Rauchschwaden des Mauerfalls den Weg für eine Währungsunion ebnete. 1992 wurden mit der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht aus der Europäischen Gemeinschaft die Europäische Union und der Plan Delors' zur Blaupause der neuen Gemeinschaftswährung. Und nur 10 Jahre später tauschten über 320 Millionen geeinte Europäer ihre Mark, Franc und Lira gegen goldene Münzen und farbige Banknoten ein. Der Traum der Europäischen Integration hatte seine vermeintlich letzte Hürde genommen.

Der Traum der strukturellen

Angleichung durch Währungsunion

Was so oder ähnlich holzschnittartig in den Schulbüchern steht, ist die Geschichte einer Generation von Politikern,

die, geprägt von zwei Weltkriegen und einer Zweiteilung Europas, einen friedlichen Vielvölkerstaatenbund anstrebten. Dabei spielte es eine vernachlässigbare Rolle, aus welcher ideologischen Ecke die Politiker jeweils kamen. Links und rechts wurden um der Europäischen Einheit willen Dogmen über den Haufen geworfen. Einzig Grossbritannien, Dänemark und Schweden hielten dagegen und nahmen ihre Ausstiegsklausel wahr. Die Briten – insbesondere die Konservativen – waren sich der Risiken einer gemeinsamen Geldpolitik bewusst geworden, nachdem der Währungsspekulant George Soros der englischen Nationalbank am Black Wednesday eine Milliarde Pfund abgenommen hatte. Auf der anderen Seite des Kanals bemühten sich der französische Sozialist François Mitterrand und der deutsche Christdemokrat Helmut Kohl um eine möglichst rasche Umsetzung des Delors Plan.

In Deutschland wurde dieses Vorhaben nicht nur von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch von der Sozialdemokraten getragen. Ihre Stimmen wurden erst laut, als die Währungsunion bereits eine beschlossene Sache war. Das ist angesichts der tief verankerten Kapitalismusskepsis besonders erstaunlich. Denn es war bereits in den frühen 1990er Jahren ziemlich einsichtig, dass eine Währungsunion nicht zu einer paneuropäischen sozialen Marktwirtschaft führen würde, solange die strukturellen Unterschiede der EU-Mitgliedstaaten noch nicht abgebaut waren. Die Reformpläne fokussierten auf den Abbau von Handelshemmnissen und die Schaffung der Europäischen Zentralbank EZB. Aus ökonomischer Perspektive ergab das – vor allem für Deutschland – sehr viel Sinn. Durch die Einführung des Euros, was im Falle Deutschlands eine Abwertung bedeutete, erschloss sich dem ehemaligen Exportweltmeister einerseits ein riesiger Binnenmarkt, andererseits kehrte er auch zu wettbewerbsfähigen Preisen zurück. Und angesichts des wirtschaftlichen Booms verflieg kurz nach dem Jahrtausendwechsel die Skepsis und man drückte nicht nur beide Augen zu, wenn ein Mitgliedsstaat die Stabilitätskriterien verletzte, sondern bemühte sich auch nicht um eine strukturelle Angleichung der politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Räume.

Anstatt durch Sanktionen bei Nichteinhaltung des Stabilitätspaktes Budgetdisziplin zu schaffen, wurde die Fiskalpolitik in den meisten Mitgliedsstaaten von der Geld-

politik abgekoppelt und die Haushaltsdefizite schwellen in einem schwindelerregenden Tempo an. Trotz der einhelligen Absicht, nicht zu einer Transferunion zu verkommen, floss das Geld in den wirtschaftlich schwächeren Süden, der dieses unter anderem für Importe aus den starken Eurländern verwendete und beinahe schon systematisch die Wirtschaftszahlen schönzte (nachzulesen in Zurich Globalist, Issue 2, Seite 5). Das alles hätte vielleicht noch kompensiert werden können, wenn eine einheitliche Finanzmarkt-aufsicht und entsprechende Regularien geschaffen worden wären. Stattdessen ignorierte man Risiken der zunehmend interdependenten nationalen Volkswirtschaften vehement und bejubelte den wirtschaftlichen Erfolg der Eurozone als Ganzes. Erst 2007 wich die Euphorie, als die ersten Finanzinstitute in den Strudel der US-amerikanischen Subprime-Krise gezogen wurden. Aber selbst als zwei Jahre später Griechenland kollabierte, sprach man noch von einem partikulären Problem eines Mitgliedsstaates, anstatt den Blick auf die gesamte Eurozone zu legen.

Aus der Traum

Als in der Folge der ersten Hilfspakete für Griechenland auch Irland im Schuldenstrudel zu ertrinken drohte, wurde augenscheinlich, dass innerhalb der Eurozone eine Epidemie ausgebrochen war: die neoliberale Dampfwalze namens Euro, die die alte Welt hätte einen sollen, führte nicht nur zu einem Auseinanderdriften der teilnehmenden Staaten und denen ohne Euro, sondern lieferte den Humus, auf dem nationalistische und antieuropäische Ideen innerhalb der Eurozone wie Pilze aus dem Boden schiessen. Die Antwort der Politik ist indes nicht minder folgenreich für die zunehmende Desintegration in Europa. Denn das barmherzige erste Rettungspaket für Griechenland ging bereits mit Forderungen einher, die jede noch so breit abgestützte hellenische Regierung zum Rücktritt gezwungen hätten: die Verringerung der Staatsquote durch einen rigorosen Sozialabbau und eine Privatisierungswelle im öffentlichen Sektor, was sich durch Massnahmen wie der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19% auf 23%, massiven Lohnkürzungen in der Verwaltung etc. äusserte.

Dieses neoliberale Heilrezept, das man sich vom Internationalen Währungsfond (IWF) schon lange gewohnt war, wurde jetzt auch von der EU zum Stein der Weisen hochstilisiert, nachdem Angela Merkel mit ihrem Vorhaben, die schwarzen Schafe einfach aus der Währungsunion auszuschliessen, gescheitert war. Zu diesem Zweck errichtete man in Windeseile die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, besser bekannt als der erste Rettungsschirm EFSF. Die Zweckgesellschaft, die an den Finanzmärkten für über 400 Milliarden Euro Staatsanleihen von kriselnden Mitgliedsstaaten aufkaufen durfte, war jedoch von Beginn an nur als Übergangslösung gedacht, die den Brand in der Eurozone löschen sollte. Deswegen, und weil mit Spanien, Portugal und Italien nun auch wirklich grosse

Volkswirtschaften ins Straucheln gerieten, wurde der Ruf nach einer permanenten Lösung laut.

Timokratie statt Demokratie

Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM wurde eine weitere Institution ins Leben gerufen, die sich in das demokratische Gefüge der EU eingliedern sollte, ohne dabei der für die Geldpolitik verantwortlichen EZB ins Gehege zu geraten. Während die EZB jedoch demokratisch ausgestaltet ist und ihre Unabhängigkeit gegenüber der Politik behaupten kann, ist der ESM eine waschechte Timokratie: Wer mehr hat, bestimmt auch mehr! Der ESM ist eine «internationale Finanzinstitution» (was das auch immer sein soll) mit Sitz in Luxemburg, die von jeglichen gesetzlichen Beschränkungen befreit ist. Sie besteht aus einem Gouverneursrat, einem Direktorium, einem CEO und weiteren Mitarbeitenden. Aus dem Gouverneursrat, der aus den Finanzministern der ESM-Länder und ihrer Entourage besteht, wird das Direktorium gebildet und er ernennt auch den CEO. Das Stammkapital des ESM von 700 Milliarden Euro wird gemäss den Kapitalbeteiligungen an der EZB von den einzelnen Eurozonenmitgliedsstaaten gezeichnet. Dieser Prozentsatz setzt sich aus Anteil an der Gesamtbevölkerung und dem Anteil am Bruttoinlandsprodukt der ganzen EU zusammen. Konkret heisst das, dass Deutschland mit 27% und Frankreich 20% beinahe die Hälfte des notwendigen Kapitals bereitstellen. Da die Stimmrechte im Gouverneursrat an die Kapitalanteile gebunden sind und für zentrale Beschlüsse eine Mehrheit von 80% notwendig ist, haben sie beide auch das alleinige Vetorecht. Als ob es nicht genug wäre, dass jede Entscheidung nur mit dem Segen von Merkhollande zustande kommt, wurde unter dem Vorwand, keine Turbulenzen auf den Kapitalmärkten verursachen zu wollen, eine Verschwiegenheitspflicht verankert. Zudem ist die Ländervertretung im ESM nicht an die Weisungen des Parlaments gebunden. Und das alles, obwohl mit dem Artikel 104b im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in Maastricht die Vereinbarung getroffen wurde, die Haftung der EU und seiner Mitgliedsstaaten gegenüber anderen Mitgliedsstaaten auszuschliessen. Genau diese Klausel hätte die EU vor einem solchen Fiasko bewahren und die nationalen Regierungen zur Haushaltsdisziplin bewegen sollen. Weil jedoch die Sanktionen des Stabilitätspaktes nie ergriffen worden sind und sich die Zinsen der Staatsanleihen auf einem anhaltend tiefen Niveau bewegten, hatten die Regierungen keine Anreize, sich um einen ausgeglichenen Haushalt zu bemühen.

Die Kapitulation der Politik

Die Konsequenz davon ist, dass wir neben der demokratischen aufgebauten und mit einer substanziellen Unabhängigkeit ausgestatteten EZB einen riesigen Fond haben, dessen Strategie direkt der Einflussnahme der nationalen

Regierungen – insbesondere der deutschen und der französischen – ausgesetzt ist. Im Missbrauchsfall könnte das katastrophale Konsequenzen zeitigen. Sofern der CEO, der Deutsche Klaus Regling, vom Gouverneursrat dazu autorisiert würde, hätte er die Macht die Geldpolitik der EZB anzugreifen. Zudem sind wie beim IWF die Kredite, die der ESM vergibt, immer an wirtschaftspolitische Auflagen geknüpft. Konkret kann das Erhöhungen der Steuern, des Rentenalters, der Studiengebühren etc. bedeuten. Somit könnte der ESM die Krisensituation ausnutzen und jede in Not geratene Regierung stürzen. Dabei muss er den nationalen Parlamenten keinerlei Rechenschaft über die Strenge der Auflagen oder alternative Möglichkeiten ablegen.

Damit sind wir definitiv am Ende der Gewaltenteilung innerhalb einer demokratischen EU und somit auch am Anfang vom Ende der Europäischen Einheit angekommen. Es macht den Anschein, als würden sich die Griechen und die Spanier nur noch zur EU bekennen, um dem wirtschaftlichen Untergang zu entgehen.

Wieso sollten aufgeklärte Menschen, Bewohner von freien westlichen Demokratien so viel Fremdbestimmung akzeptieren?

Wieso sollten diese Menschen all diese Errungenschaften wie Altersvorsorge oder freier Zugang zu öffentlicher Bildung aufgeben? Wieso ergibt sich die europäische Politik der Logik der Finanzmärkte, einer Logik einiger weniger? Nur weil die Verhältnisse auch ohne demokratische Legitimation stabil zu sein scheinen? Weil durch die wirtschaftlichen Abhängigkeiten eine konsequente Friedenssicherung funktioniert?

Die Angst ist nicht unberechtigt, dass Europa ohne einen radikalen Kurswechsel wieder eine Zweiteilung erfährt: der Norden und der Süden, der durch Ersteren dominiert wird. Unter dem Gesichtspunkt dieser latenten Dystopie wirkt es dann noch viel blasphemischer, wenn sich die norwegischen Sozialdemokraten gleich selbst nobilitieren, indem sie der EU den Friedensnobelpreis verleihen.